FRENTE

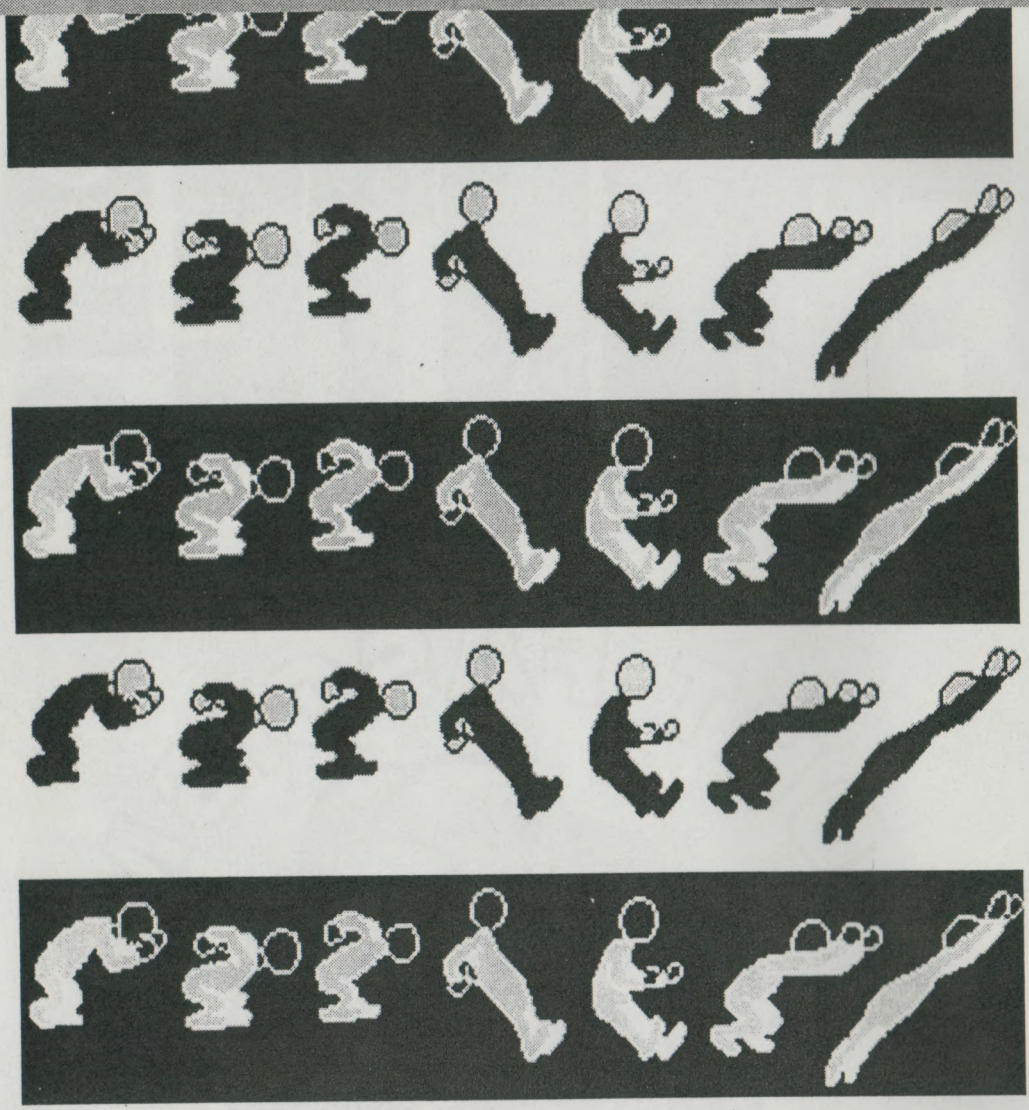
6
1995
SOMMER
80 PFENNIGE

DRUCK

antifaschistisches jugendinfo leipzig

FIGHT FASCISM!

DM 0.80



IMPRESSUM
Herausgeber:
Antifa Jugendfront
c/o Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig
V.i.S.d.P.: Frank Stefan (Adresse s.o.)
Eigendruck im Selbstverlag

Drinnen:

4 news von rechts
14 Repression gegen Antifa M
16 Antira & Antifa
20 Free Abu-Jamal!
26 Hört die Signale!

"FRENTE"
c/o Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig

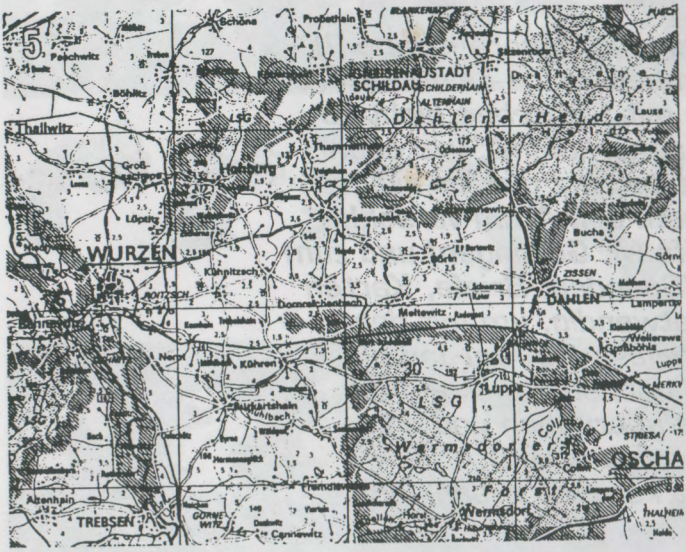
Dies ist wieder mal eine Sommerausgabe (!). Das heißt, im September wird es ein FRENTE Heft geben, welches mit Sicherheit nicht so schmal und schlank daherkommt, wie eben dieses mal. Nichtsdestotrotz gibt es einiges zu erfahren, was einem den Atem verschlagen kann (siehe Antifa M, Göttingen) und zum Handeln auffordert (Spenden, Briefe, Karten etc. sind dringend notwendig, um mit der Kampagne für die Freilassung Abu-Jamals den notwendigen politischen Druck auf die amerikanische Justiz auszuüben und das Todesurteil nicht zu vollstrecken).
Auf daß das Ozon die Faschos erschlage!
Adieu sagt Jean-Luc.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Die Abbildung verfassungsfeindlicher Symbole im Heft erfolgt nur aus dokumentarischen Gründen und nicht im Sinne ihrer inhaltlichen Weiterverbreitung.

news von rechts

Wurzen und Umland in Nazihand

Wer einschlägige Szene-Publikationen und öffentliche Medien in den letzten Wochen aufmerksam verfolgt hat, wird feststellen, daß einiges passiert ist. Am 20.5. fand eine bundesweite Antifa-Demo mit rund 300 Menschen statt. Mit der Demo sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß der Faschoterror der letzten Monate und Jahre nicht mehr tatenlos hingenommen wird. Eine Woche später brannte ein Nebengebäude des alternativen Jugendzentrum Villa "Kunterbunt" aus. Unklar ist, ob ein Brandanschlag von Faschos die Ursache des Brandes war, aber alle Indizien schließen daraufhin. Der Druck der Vermieterin der Villa wurde nach dem Brand auf die Nutzer stärker - sie drohte das Mietverhältnis zu kündigen. Das Mietverhältnis wurde schließlich Ende Juni gekündigt. In den Morgenstunden des 11.7. räumte dann die Polizei die Villa. Die Räumung der Villa reiht sich nahtlos in die Chronik des Unvermögens der Wurzener Stadtverwaltung ein, stellte doch die Villa ein Ansatz für alternative Jugendarbeit in der Region dar. Durch die Haltung der Stadtverantwortlichen zur Jugendarbeit - Bürgermeister Pausch: "Es wird nur ein Jugendtreff geben."- wird es für alternativ lebende und nicht den "Wurzener" Verhältnissen unterordnenden Jugendlichen in Zukunft sehr schwer haben, sich gegen die Faschos und deren Umfeld zu wehren und zu behaupten. "Dazu braucht es nicht nur ein Bündnis, welches weit über Wurzen hinausreicht. Vor allem geht es jetzt neben der antifaschistischen Präsenz vor Ort, um eine breitere Öffentlichmachung, bei gleichzeitiger Beibehaltung der Berichterstattung in den



jeweiligen "Szenen", der aufgezeigten Situation. Dies Umfaßt auch das links-bürgerliche Spektrum von TAZ und Spiegel bis zur Frankfurter Rundschau und ausländische Medien. Nur wenn auf Wurzen von allen Seiten "mit dem Finger gezeigt wird", wenn die Idylle der Kleinstadt von den Anprangerungen der faschistischen Realität übertüncht wird und die regierende CDU um die Attraktivität ihrer Gemeinde für Investoren, hat antifaschistisches Engagement die Aussicht auf Erfolg." (CEE IEH Juli 95) Tatsächlich zeigte die Öffentlichkeitsarbeit erste Erfolge, Wurzener Faschos gerieten ins Schußfeld der öffentlichen Medien, die mehr oder weniger über Wurzener Verhältnisse berichteten (Zeitlupe, MDR usw.). Weiterhin erfolgten mehrere Flugblatt- und Transpi-aktionen in Wurzen, bei dem es auch zu Auseinandersetzung mit provozierenden Jungnazis kam. Am 26./27.5. sollte in der Diskothek "Joy" in Wurzen, die einem Leipziger Neonazi gehört, ein Faschokonzert stattfinden, welches aber durch die Veröffentlichung von Fakten und Indizien von den Behörden verboten wurde. Am 10.6. schlagen an einer Wurzner Tankstelle mehrere Faschos einen jungen Leipziger zusammen und verletzen ihn im Gesicht schwer. Am selben Tag bewachen ein Pulk Nazis die Wohnung von Markus Müller. Die Faschos verteilten am 16.6. eigene Flugblätter, bei dem sie als die Opfer von linker Gewalt dargestellt werden. Eine zweite Ladung von Flugis kann jedoch nicht mehr verteilt werden, da einige Wurzner Jugendliche dies verhinderten. Tags zuvor machten mehrere Baseballschläger bewaffnete Neonazis die Straßen in Wurzen unsicher. Die Baracke "BB", der Treff der Neonazis in Wurzen und Umland, war am 17.6. Ziel eines Angriffs. Bürgermeister Pausch war wenige Stunden spä-

ter an der Baracke um seine Sympathie mit den Nazis zu zeigen.
Der Muldentalkreis wurde am 25./26.6. Ziel eines größeren Nazitreffen. Mehrere hundert Neonazis aus den gesamten Bundesgebiet und Österreich trafen sich zu einer Sonnenwendfeier. Die Polizei hielt sich bei dem eindeutig faschistischen Treffen, bei den auch "Heil Hitler" und ähnliche Sprüche fielen, deutlich zurück und beschützten es vor eventuelle Angriffe.

Durch die Zerstörung von alternativen Projekte von Stadtverwaltung und Faschisten in Wurzen haben die Nazis an Stärke und Einfluß in den letzten Monaten trotz Widerstand von Antifas und Linken nicht nur im Muldentalkreis sondern auch in Leipzig gewonnen. Dies belegen nicht nur regelmäßige Treffen mit führenden Leipziger Nazis.

Städtebericht aus Delitzsch

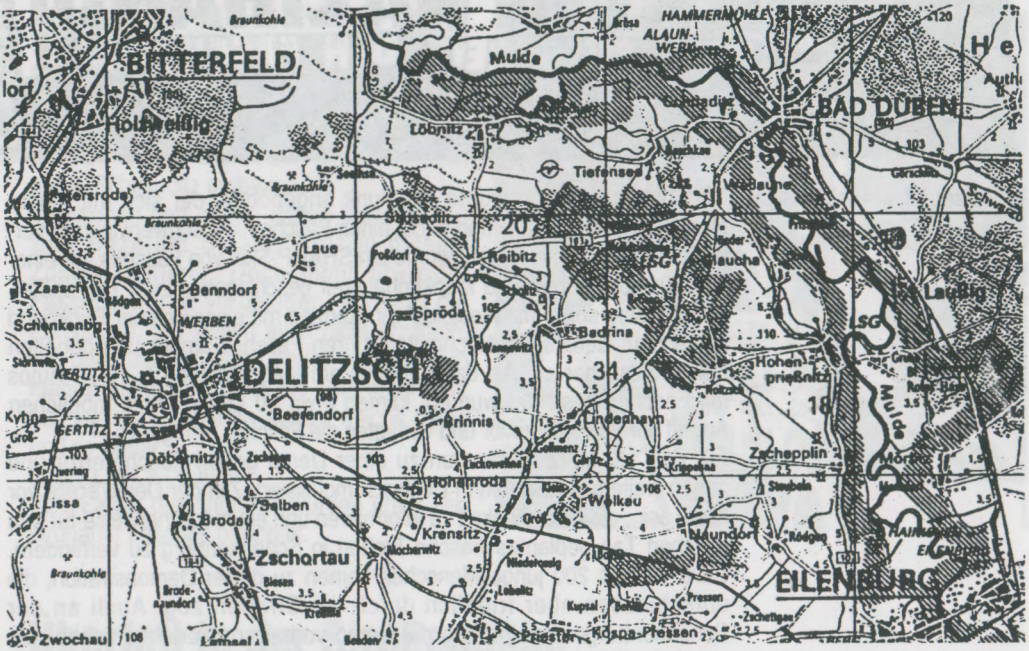
Der nachfolgende Text wurde uns kürzlich zugesandt. Wir haben ihn zum Teil inhaltlich überarbeitet. An dieser Stelle möchten wir gleich noch mal alle Gruppen oder Einzelpersonen ermuntern, uns doch auch solche Städte-Berichte zu schreiben. Wir würden uns freuen.

Bis vor kurzem machte Delitzsch in Sachen Rechtsradikalismus kaum Schlagzeilen, ganz im Gegenteil. Seit der Hausbesetzung in der Leipziger Straße Anfang 1992 wurden für den Verein "Die Anderen e.V." mehrere Räume im Haus der Begegnung "Villa Delitzsch" zur Verfügung gestellt, die mittlerweile auch andere linke Projekte nutzen. Desweiteren kann der Verein im "Westclub" regelmäßig Konzerte durchführen.
Seit jeher war die Delitzscher Szene und insbesondere die "Villa" der lokalen und überregionalen Fascho-Szene ein Dorn im Auge. Im ersten Jahr des Bestehens kam es zu drei Überfällen an denen zum Teil bis zu 70 mit Baseballschlägern und Eisenstangen bewaffneten Faschos teilnahmen. Alle Angriffe konnten erfolgreich abgewehrt werden.
Die Faschos bekamen bis vor einem Jahr in Delitzsch keinen Fuß auf den Boden und traten überhaupt nicht in Erscheinung. Selbst die Gründung eines "Republikaner" -Ortsverbandes Anfang 1994 wurde kaum wahrgenommen. Ob nun zentral geplant oder eher zufällig, zur Jahreswende 1994/95 änderte sich das Bild. Delitzscher Jung-Faschos traten zunehmend öffentlich in Erscheinung und verbreiteten mit Unterstützung Leipziger, Eilenburger und Bitterfelder Faschos die "Rückeroberung"

Delitzschs vor. Während der letzten Discoveranstaltung im Sport- und Kulturzentrum wurden Punks angepöbelt und anschließend zusammengeschlagen. Die Diskothek "Lindenhof" mußte aus Sicherheitsgründen nun auch von Linken gemieden werden.

Am 18.2.1995 trafen sich im benachbarten Schenkenberg ca. 150 Mitglieder und Sympathisanten der FAP im dortigen Kulturhaus. Anwesend war auch der "Beauftragte für Mitteldeutschland" Lars Burmeister aus Berlin. Dies Veranstaltung wurde massiv von Polizei, BGS und Staatsschutz geschützt. Aus Protest gegen das Treffen der Faschisten gab es in der Folgezeit mehrere kaputte Scheiben an der betreffenden Gaststätte.

Was als Warnung vor einer Wiederholung solcher Treffen gedacht war, schien die Faschos jedoch nicht mehr sonderlich zu beeindrucken. Der Terror ging erst richtig los. Mit ihren Autos trafen sich die Delitzscher Faschos fast täglich abends und nachts am "Magnetmarkt" im Stadtteil



Delitzsch-Nord, um von dort zu Überfällen auf linke Jugendliche zu starten. Vor den Wohnungen vermeintlicher Antifas wurde mit Leuchtspur rumgeballert. Am Wochenende trafen sich die Faschos mit auswärtigen "Kameraden" weiterhin in Schenkenberg. Innerhalb weniger Wochen hatten sich die Faschos und ihre SymphatisantInnen Treffpunkte geschaffen und die Linke in die Defensive gedrängt. Aber auch auf der anderen Seite hatte sich genug Wut und Haß angesammelt. In einem Flugblatt, welches flächendeckend in Delitzsch geklebt wurde, forderten Antifas den Boykott

des Schenkenberger Kulturhauses und machten unmißverständlich klar, das weitere Gewalt von rechts nicht geduldet wird. Am 10. und 11. März kam es zu einer weiteren Eskalation. Vor der Kneipe "Lober-Eck", in der sich neben "Normalos" und Fußballfans auch die Stammtisch-Faschos der

Präsent & entschlossen!

Republikaner treffen wurde ein Punk angepöbelt, der sich mit einem Messer zur Wehr setzte und dabei einen Fascho nicht schwerwiegend verletzte. In der gleichen Nacht wurde ein SHARP-Skin von Faschos vor einer Haustür abgefangen und krankenhausreif geschlagen. Einen Tag später, am Samstag sollte im "Westclub" ein Konzert mit einer Berliner Punkband stattfinden. Bereits am Nachmittag fuhren Faschos umher und pöbelten Konzertbesucher an. Als dann abends am Magnetmarkt ca. 10-15 Autos mit Faschos gesichtet wurden, kamen etwa 30 Leute einem möglichen Angriff der Faschos zuvor und verjagten die Faschos erfolgreich.

Für den 18. März wurde nun zu einer Demo gegen Faschoterror und gegen weitere Nazitreffen in Delitzsch mobilisiert. Ziel der Demo sollte vor allem sein, die Öffentlichkeit zu informieren und ein möglicherweise für den gleichen Tag geplantes Fascho-Treffen in Schenkenberg zu verhindern. Etwa 150 bis 200 junge Menschen kamen zu dieser Demonstration, die entschlossen aber friedlich durch die Straßen zog. Auch an der Schenkenberger Kneipe zog die Demo vorbei und verfehlte schon rein psychologisch ihre Wirkung beim Wirt nicht. Am Abend sammelten sich mehrere Dutzend Faschos vor dem "Lindenhof", unter ihnen auch Wurzener, Bitterfelder und Leipziger, allen voran Dirk Zimmermann. Doch auch diesmal ergriffen Antifas die Initiative und jagten die Faschos regelrecht aus Delitzsch.

Fazit: Das Ziel der Antifa-Demo und der anderen Aktionen wurden erreicht. Seit dem 18. März kam es zu keinen weiteren Überfällen der Delitzscher Faschos um ihren "Führer" S. Bochmann und auch auswärtige Faschos geben sich nicht mehr in Delitzsch die Klinke in die Hand.

Party von Faschos aufgemischt

Am 26.5, dem Samstag nach dem üblichen Männertagsprollgelage, haben ca. 25 Faschos eine Geburtstagsparty am Kanal gewaltsam beendet. Schon an den Vortagen wurden Gäste der mehreren Tage dauernden Party mit Steinen beworfen und beschimpft. Am Samstagabend überfielen die Faschos die noch anwesenden ca. 10 Leute. Einige unter ihnen ein 7jähriges Kind, konnten entkommen. Die anderen wurden mit Tritten, Faustschlägen und Holzknüppeln traktiert. Es kam zu schweren Verletzungen, einem Mann mußte im Krankenhaus die Milz entfernt werden.

Zwei Leute, die sich zur nächstliegenden Bullenwache flüchten konnten, und dort auf Hilfe hofften, hofften dort vergeblich. Ersten, so die Bullen, wären die zwei ja gar nicht die Geschädigten, was eine Anzeige unmöglich mache, und zweitens wäre das ja auch gar nicht ihr Revier. Die beiden sollten es doch mal in Schkeuditz probieren.

Inzwischen gab es die ersten Vorladungen zum Dezernat Staatsschutz in diesem Zusammenhang. Doch nicht etwa die Faschos waren vorgeladen, sondern die Partygäste. Sie sollten auch nicht erzählen, wie denn das mit dem Überfall war, sondern mehr darüber, wer denn die Fete organisiert hat, wie viele Leute da waren, welche Leute und so weiter.

(aus KLAROFIX Juni)

PS.: Einige der Angreifer wurden unter den Grünauer Faschos gesichtet.

Überfall in der Straßenbahn

Drei angetrunken Männer haben in einer vollbesetzten Straßenbahn zwei Algerier vollgepöbelt und sie an einer Haltestelle aus der Bahn gestoßen. Die beiden, ein 32jähriger gehbehinderter Französischlehrer und sein 24jähriger Freund wurden verletzt. Nicht nur Straßenbahnfahrer schauen weg, sondern auch von den anwesenden Fahrgästen griff niemand ein. Zwei Tatverdächtige wurden festgenommen. Der Vorfall ereignete sich schon am 2.März dieses Jahres.

Der Ostharz - Hochburg des Neofaschismus in der BRD!

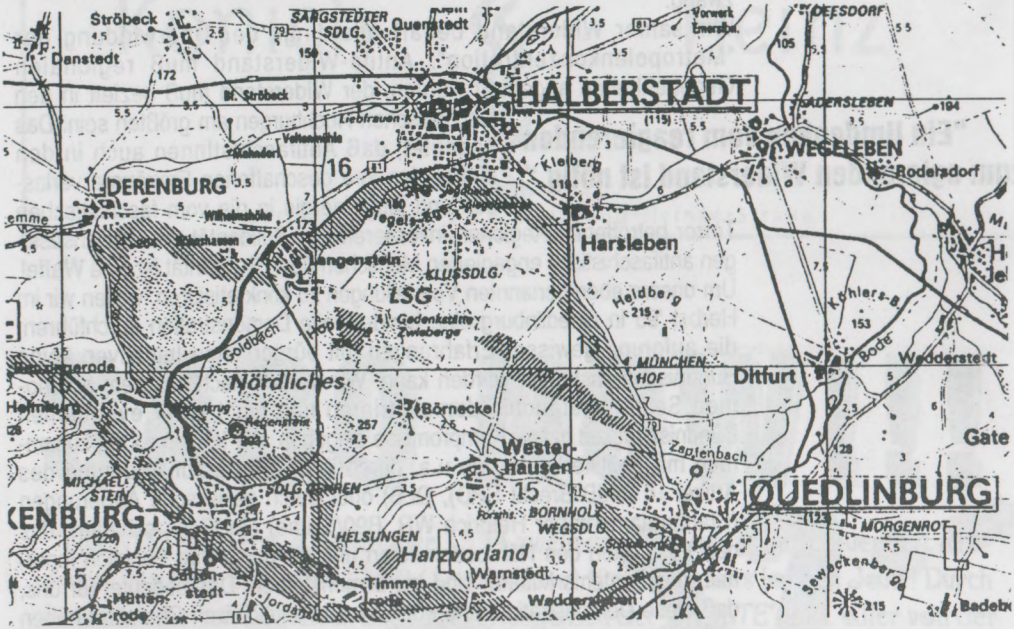
Durch die Ende 1992 erfolgten Parteiverbote (Nationalistische Front, Deutsche Alternative, Nationale Offensive) und spätestens durch die nach Fulda einsetzende Repression gegen faschistische Organisationen, strukturierte sich die NS-Szene um. Seit dem wird versucht, ein Netz von nach außen unabhängig auftretenden und intern hierarchisch organisierten Zellen aufzubauen. Dabei spielte die NF, bzw. die Nachfolgeorganisationen, eine Vorreiterrolle. Das zeigt sich besonders in den neuen Bundesländern, da die SrA (Sozialrevolutionäre Arbeiterfront - nach der Spaltung der NF aus dem Pohl / Hupka - Flügel hervorgegangene Kaderorganisation) ihren Sitz nach Berlin/Brandenburg verlegte. Die für eine Zellenstruktur notwendige Basisarbeit wurde von ehemaligen Führungskadern der NF, vor allem im Großraum Berlin und im Ostharz verrichtet (Berlin/Brandenburg - Andreas Pohl; Sachsen Anhalt/Ostharz - Steffen Hupka). Im Raum Berlin/Brandenburg konnten die Nazi-Kader auf schon bestehende NF-Kameradschaften zurückgreifen und ihre Struktur schnell und effizient ausbauen.

Steffen Hupka

Im Harz war die Ausgangslage etwas anders. Es gab im Dreieck Quedlinburg-Halberstadt-Wernigerode eine starke faschistische Szene, die allerdings unorganisiert oder durch die FAP-Wernigerode beeinflußt war. Besonders die Szene in Quedlinburg erlangte durch die rassistischen Pogrome im September 1992 bundesweit Beachtung. Deshalb war es nicht weiter verwunderlich, daß der NF-Kader Steffen Hupka ende 1993 nach Quedlinburg zog. Hier brauchte er nur noch das vorhandene Potenzial zu organisieren und zu schulen. Getreu dem Konzept der autonomen faschistischen Zellen geschah das nicht unter dem Namen SrA, sondern als sogenannter "Unabhängiger Arbeitskreis" (UA). Nach Festigung der Struktur (Schulungen, Seminare, Wehrsportübungen) wurde das Konzept auf die umliegenden Städte und Kreise ausgeweitet. So traten in der Umgebung Quedlinburgs weitere Zellen unter Namen wie "Harzer Heimatschutzbund" (Thale) und "Aufbruch" (Blankenburg) in Erscheinung. Diese Gruppen bilden zusammen die "Harzfront". Diese Struktur wird von Hupka koordiniert, dafür spricht das von Hupka angemietete Postfach in Quedlinburg, welches als Kontaktadresse für den "UA" und die "Harzfront" fungiert. Dieses Netz ist nicht isoliert, sondern arbeitet in Form des "Deutschen Freundeskreis Nordharz" (DFN) mit anderen neonazistischen Organisationen (FAP, NPD/JN, DL, REP...) zusammen. Der DFN nimmt somit eine zentrale Rolle bei der Koordinierung faschistischer Aktivitäten

im Harz ein. Als Organ dient der "Nordharzer Infodienst", in dem über gelaufene Aktivitäten und die voranschreitende Aufbauarbeit berichtet wird.

Durch das Verbot der FAP wurde die Wernigeröder Kameradschaft, welche mit 60-70 Mitgliedern die größte in der Bundesrepublik war, in das SrA Zellensystem gedrängt. War bisher Torsten Heise, kommissarischer Landesvorsitzender der FAP Sachsen-Anhalt, Drahtzieher der NS-Szene in Wernigerode, so übernahm Steffen Hupka jetzt diese Funktion. Somit arbeiten die Faschisten im Ostharz, über ehemalige Parteigrenzen hinaus, zusammen. Diese Zusammenarbeit äußert sich in massiver identischer Propagandaarbeit (insbesondere zum 8. Mai), Organisierung von Fascho-Konzerten in Wernigerode und Hedersleben bei Quedlinburg, sowie vielen militanten Aktionen gegen Antifas und ihre Treffpunkte. Desweiteren fanden häufiger gemeinsame Treffen in Quedlinburg und Wernigerode statt, bei denen Faschos aus den verschiedenen Städten der Region als Ordner



eingesetzt wurden. In letzter Zeit betreiben vor allem die Quedlinburger Faschos massive Anti-Antifa Arbeit. So wurden zuhauf Flugblätter verteilt, in denen Antifas namentlich denunziert wurden und das Quedlinburger alternative Jugendzentrum "Reichenstraße 1" nach mehrfachen erfolglosen Angriffen, als angeblicher Ausgangspunkt von "Antifaterror", bezeichnet und dessen sofortige Schließung gefordert wurde. Die daraufhin in der Stadtverwaltung ausgelöste Diskussion um die Schließung, war ein Erfolg der Anti-Antifa. Darüberhinaus wurden einzelne Antifas mit fingierten Anzeigen überhäuft (allein 16 laufende Ermittlungsverfahren bei einem ein-

zelnen Antifa !!), die eine Kriminalisierung seitens der Bullen nach sich zog.
Die faschistische Organisierung konnte deshalb so gut voranschreiten, weil anfangs kein nennenswerter antifaschistischer Widerstand vorhanden war. nach der Verfestiging der faschistischen Struktur war es für uns relativ schwer, dem wirkungsvoll entgegenzusteuern. Das liegt zum einen an der relativ schwachen Antifaszene in der Region und zum anderen an dem schlecht angreifbaren Zellensystem, sowie schlechter Mobilisierungsfähigkeit unsererseits. Nach vielen antifaschistischen Aktionen sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß "althergebrachter" Antifawiderstand an diesem rechten Netz seine Grenzen findet. Daraus ergibt sich zwingend, daß ein Umdenken von reagierenden auf agierenden Widerstand nötig ist. Das bedeutet, daß wir mit eigenen Inhalten auftreten müssen, um aus unserer momentanen Defensivposition herauszukommen, auch wenn uns die bisherige politische Situation im Ostharz dazu zwang.
Wirksamer Widerstand bedarf allerdings der Überwindung der "Metropolenkonzentration". Antifa-Widerstand muß regionalen Gegebenheiten angepaßt werden, der Widerstand muß gezielt in den faschistischen Hochburgen am größten sein. Das bedeutet, daß AntifaschistInnen auch in den Metropolen ihre geschaffenen Freiräume verlassen und ihre Energie in die vom faschistischen Terror betroffenen Regionen investieren und Solidarität mit dort ansässigen antifaschistisch engagierten Menschen üben.Solidarität ist eine Waffe!

"Ein Umdenken vom reagierenden zum agierenden Widerstand ist nötig."

Um unsere eben genannten Vorstellungen zu konkretisieren, wollen wir im Herbst '95 in Quedlinburg eine bundesweite Demonstration durchführen, die aufgrund gewisser Erfahrungen mit bürgerlichen Initiativen keine Bündnisdemonstration werden kann. Wir werden nach unserem autonomen Selbstverständnis demonstrieren und nicht einer eventuellen Bündnisfähigkeit halber Kompromisse eingehen. Wir lehnen es ab, zusammen mit PolitikerInnen, die u.a. durch ihre Stimme zur Änderung des Artikel 16 (MdB Brecht SPD), QLB) oder durch sexistische Äußerungen (Stadtparlamentarier Heinrich WR, B90/Grüne) ein Klima schaffen, das den Faschisten den Nährboden liefert und die durch ihre Funktion innerhalb des Systems Mittäter sind, zu demonstrieren. Das bedeutet für uns, daß diese Demonstration einen durchaus revolutionären Charakter haben und für den gesamten Ostharz symolträchtig sein soll. Darüberhinaus soll gerade das faschistische Zellensystem mit seinen Hintermännern/-frauen offengelegt und die Bedeutung des organisierten Neofaschismus für das imperialistische System klargemacht werden.

Nicht Wurzeln, sondern Weiterschreiten!
Zusammen gehört uns die Zukunft!

freitags ab elf

Könich Heinz

Auerbachstraße/ Ecke Wolfgang-Heinze-Straße

SABO NOW!!!

"FRENTE" erscheint ab Oktober 1994 zweimonatlich mit voller bauerSeit mit dabei und holt Euch das SABO (SpezialAbo) für ein ganzes langes Jahr! Durch die Jahreszeiten begleiten Euch sechs Ausgaben der "FRENTE", incl. aller von der AJF herausgegebenen Flugi's, Aufklebers, Posters, Steckbriefe etc. Mit im Preis enthalten sind Spesen für zusätzliche Porto's. Schickt die Moneten (bitte keine Schecks oder so'n Quark) bitte in einem Umschlag an die NEUE ADRESSE: "FRENTE", c/o Infobüro, Peterssteinweg 13, 04107 L.E.

Repressionen gegen Göttinger Antifas

Ganze 31 Aktenordner sandte die Generalstaatsanwaltschaft Celle den AnwältInnen der 17 Personen, die der Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinigung" (nach §129a) - nämlich der Autonomen Antifa (M) - sowie der Werbung für die RAF (nach §129a) beschuldigt werden. Der Aktenberg belegt eine umfassende Überwachung der antifaschistischen Szene und ihres Umfeldes seit 1991.

Eine Sonderkomission 606, hervorgegangen aus einer länderübergreifenden "SoKo 897" aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, leistete ganze Arbeit: Von Oktober 1993 bis August 1994 wurden insgesamt 13929 Telefonate abgehört, protokolliert und ausgewertet. "Bewegungsprotokolle" mutmaßlicher Mitglieder der Autonomen Antifa (M) - teilweise 24 Stunden täglich - wurden ebenso erstellt, wie "Persönlichkeitsprofile". Rundschreiben wurden auf Fingerabdrücke untersucht, aufwendige Stimmenvergleiche und Schriftgutachten angefertigt. Die wöchentlichen Treffen der Antifagruppe wurden auf Videos und Fotos festgehalten, wie auch ein Teil ihrer Veranstaltungen. Hunderte Namen - von politisch Aktiven wie Unbeteiligten - sind aufgeführt, auch finden sich detaillierte Aufzeichnungen über Aussagen von SPD- und Grünen-PolitikerInnen in den Akten. Ebenso sind GewerkschafterInnen sowie VertreterInnen von Vereinen und Kulturinitiativen erfaßt, die in irgend einer Art und Weise mit der Autonomen Antifa (M) in Kontakt standen.

Neben den 31 Ordnern mit insgesamt über 10000 Blatt Papier existieren bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle mehr als 60 weitere Ordner. Zum Beweis der Behauptung, die Antifagruppe sei eine "kriminelle Vereinigung", werden 24 unangemeldete Demos angeführt. Die Autonome Antifa (M) soll diese organisiert, zur Vermummung aufgerufen und sich bewaffnet haben. Ferner wird ihr "Nötigung" vorgeworfen, da sie eine Veranstaltung der "Paneuropa Jugend" verhindert haben soll.

Neben den 17 der Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) Verdächtigen sind auch drei Leute vom Buchladen Rote Straße sowie fünf weitere Antifas angeklagt. Dem Buchladen wird nicht nur vorgeworfen "Deckadresse" für die Autonome Antifa (M), die Antifa Jugendfront, Kunst und Kampf (KuK), den Informationsdienst Spinnennetz sowie die Zeitschriften Das Nestbeschmutz und Fight the Power zu sein. Er soll auch die KuK-Broschüre "Verbotene Kunst" vertrieben haben, in der ein Plakat abgebildet ist, gegen das nach §129a ermittelt wird. Nun wird auch gegen die Buchladen-MitarbeiterInnen dieser dehnbare Paragraph angewendet.

Die Staatsanwaltschaft Göttingen wirft fünf Leuten "Landfriedensbruch",

"Brandstiftung" und "Versuchten Totschlag" vor. Sie sollen im Oktober 1991 das Schulungszentrum des FAP-Nazis Karl Polacek in Mackenrode angegriffen haben. Dabei hat die Staatsanwaltschaft des Hans-Hugo Heimgärtner prominente Belastungszeugen zu bieten: Mit Thorsten Heise, Michael Homeister, Stefan Koller, Stefan Bliesmer und Glenn Goertz sind militante Neonazis - u.a. von der mittlerweile verbotenen FAP - geladen, die Schuld der AntifaschistInnen zu "beweisen". Auch Dr. Manfred Endler, Generalstaatsanwalt in Celle, dürfte die Antifas nicht gerade objektiv beurteilen. Tat er sich doch 1993 mit einer Rede hervor, in der er beklagte, daß "wir in Deutschland die Begriffe Heimat und Vaterland aufgeben, nicht mehr besitzen".

Inzwischen ist die §129a-Anklage der Generalstaatsanwaltschaft Celle gegen die 17 vermeintlichen Mitglieder der Autonomen Antifa (M) praktisch zusammengebrochen. Das niedersächsische Innenministerium erklärte jetzt auf Anfrage des Celler Oberlandesgerichtes, die Demo-Ankündigungen seien von der örtlichen Polizei in ihre jeweilige Lagebeurteilung und die Entwicklung der sog. "Deeskalationsstrategie" einbezogen wurden. Im Mittelpunkt der Anklage stehen nun aber zwölf Antifa-Demos in Göttingen. Die Gruppe, so der Vorwurf, sei deshalb eine "kriminelle Vereinigung", weil sie sich bei den Demonstrationen kollektiv vermummt und die Polizei genötigt habe. Tatsächlich hatte sie ihr jeweiliges Demo-Konzept im Vorfeld auf Flugblättern veröffentlicht und stets auch im Briefkasten des Göttinger Ordnungsamtes hinterlegt. Dies, so das Innenministerium, sei von der Polizei als Quasi-Anmeldung betrachtet worden.

Ende Mai bereits hatte das Oberlandesgericht die §129a-Anklage gegen den Geschäftsführer des Buchladens Rote Straße nicht zugelassen.

(Aus Antifa Infoblatt Nr. 30 und Junge Welt vom 13.6.)

Es lebe die Differenz!

einige kritische Anmerkungen aus der Kanzlei Kahina & Partner

Als ich kürzlich im Cafe Casablanca saß und mit einem netten Bekannten ein (deutsches) Bier trinkend, (in deutscher Sprache) über die historische Unvermeidlichkeit des Zusammenbruches des kapitalistischen Systems diskutierte, bat er mich am Rande, auf den unter dem obigen Titel im Heft 5 veröffentlichten Artikel zu reagieren. Soweit die eitle Vorrede.

Obwohl ich solidarische Kritik an dem, was sich für mich als BRDische Antifa zeigt, für durchaus richtig halte, möchte ich im Folgenden eine solche Kritik zurückstellen. Dem Artikel von Thomas(ZAG/offlimits) liegt zum einen ein kritikwürdiges Verständnis von Rassismus zugrunde, zum andern eine aus der Überbewertung des eigenen Betätigungsfeldes resultierende ungerechtfertigte Beurteilung von praktiziertem Antifaschismus.

Weil die anderen bisher zu blöd waren zu erkennen, daß Rassismus mehr als nur eine "listige Strategie" der Herrschenden ist, mußte sich eine neue politische Richtung herausbilden, die es besser weiß.

Th. behauptet, daß der "Komplex Rassismus" bislang immer unter die Bereiche Antifaschismus und Antiimperialismus subsummiert wurde und dies sei einer "ökonomistisch verkürzten Analyse, die Rassismus im Wesentlichen als Bestandteil faschistischer und imperialistischer Politik ausmachen" würde, "geschuldet"(!). Hier bin ich ein wenig befremdet, weil in dieser vermeintlichen Feststellung ganz eindeutig die Legitimation des eigenen Handelns und einer ganzen politischen Richtung, für die der Autor zu sprechen meint. Weil die anderen bisher zu blöd waren zu erkennen, daß Rassismus mehr als nur eine "listige Strategie" der Herrschenden ist, (um die Massen vom Klassenkampf abzulenken) mußte sich eine neue politische Richtung herausbilden, die es besser weiß. Nun habe ich dagegen grundsätzlich nichts einzuwenden, denn solche Erscheinungen sind ideengeschichtlich gesehen, schlicht normal. Ich bin aber der Ansicht, daß wenn den Antifas als solchen(und hier wurde ja kaum differenziert) "mangelnde theoretische Fundierung" ihrer Sicht auf die Gesellschaft vorgeworfen wird, dieser Vorwurf entweder theoretisch fundiert sein oder in literarischer Form der Satire vermittelt werden sollte.

1. Rassismus/ Faschismus

Hauptvorwurf gegen die Antifa: ökonomistische Faschismus-Analyse.
Gegenentwurf des Autors: die Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus sei bei der Analyse von Faschismus in den Mittelpunkt zu stellen.

Frei nach einer völlig undialektischen und monokausalen Methode gilt: wenn das eine als nicht grundlegend erkannt wurde, muß etwas anderes unbedingt grundlegend sein. Kompromisse werden nicht gemacht, der eigene Ansatz gilt als absolute und universelle Wahrheit.

Abgesehen davon, so scheint mir angesichts des sich auf der Straße oder in Printmedien artikulierenden Antifaschismus, ist es kaum (noch) üblich, den Faschismus- Begriff auf die Dimitroffsche Definition zu beschränken. (Nach Dimitroff und orthodox kommunistischer Tradition sei der an die Macht gelangte Faschismus die "offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischen, am meisten imperialistischen Kreise des Finanzkapitals".) Allein anhand von Aktionen im "Erinnerungsjahr 95", die,von weiten Teilen der Antifa getragen, in solchen (meiner Meinung nach zwar auch menschenverachtenden) Dingen gipfelten wie "Keine Träne für Dresden", oder aber anhand eines politischen Kampfbegriffes wie "völkischer Konsens" meine ich den Autor korrigieren zu müssen, wenn er den Antifas Festhalten an einer ökonomistischen Analyse vorwirft. Es wäre ja auch irrig anzunehmen, daß die antifaschistische Richtung, die größere Strömungen vereint, die mit marxistischen Klassenbegriffen kaum noch umgehen, sich in dieser Frage absolut auf eine Definition beziehen würden, der ein Klassenbegriff und eine historisch-materialistische Weltanschauung zugrunde liegt.

Ganz abgesehen davon, würde es mir schwer fallen, bestimmte Regimes in der Welt zu benennen. Ein Beispiel: wie bezeichne ich ein Regime, das zur Niederschlagung von Befreiungsbewegungen, eine Stadt mit Giftgas bombardiert und den Tod von ca. 5000 Menschen innerhalb nur eines Tages in Kauf nimmt? Die Kurden im Irak nennen das Faschismus. Das "große Finanzkapital" hat dabei weniger seine Finger im Spiel.

"Wie bezeichne ich ein Regime, das zur Niederschlagung von Befreiungsbewegungen, eine Stadt mit Giftgas bombardiert und den Tod von ca. 5000 Menschen innerhalb nur eines Tages in Kauf nimmt?"

Wenn der Autor in den "Mittelpunkt" einer Faschismus- Definition Rassismus und Antisemitismus stellt, unterstelle ich ihm zum ersten eine stark regionalistische, zum zweiten eine psychologiesierende und religionssoziologische Herangehensweise. Ob ihm dies bewußt ist oder nicht. Und um es vorweg zu nehmen: eine solche Analyse halte ich für genauso unzureichend wie die ökonomistische. Natürlich, ich beschäftige mich dann mit einigen Phänomenen, die ich für signifikant halte: Faszination, Führer-Charisma und Führer-Kult, Xenophobie, rassisch definierte Reinheit/ Unreinheit, soziale Kohäsion, Gruppendynamik usw. Dies scheinen Schlüsselbegriffe zu sein bei der Analyse desses, was Rassismus sei und zum Verständnis dessen, wie sich eine faschistische Diktatur durchsetzen kann und von breiten Bevölkerungsschichten quer zu den von Produktionsverhältnissen bestimmten Grenzen bejubelt werden kann. Für den deutschen Faschismus ist Rassismus eines der hervortretenden Merkmale. Für den chilenischen Faschismus z.B. war/ist es dies nicht.

Stelle ich Rassismus ins Zentrum der Analyse von Faschismus, müßte ich konsequent zu Ende gedacht, sagen, daß Rassismen zwangsläufig zu Faschismus führen. Dem ist aber offentsichtlich nicht so, was ich behaupte, ohne großartig aus dem ethnologischen Nähkästchen zu plaudern.

Der Begriff "Rasse", der jedem rassistischem Bewußtsein zugrunde liegt, scheint lediglich ein Ordnungsmodell zu markieren, mit dem ökonomische Austauschbeziehungen, die Kontrolle über materielle Ressourcen und zwischenmenschliche Beziehungen reguliert werden(können). Ich sage damit nicht, daß überall auf der Erde das Primat auf der sozial-ökonomischen Ebene liegt. Und nebenbei: es gibt durchaus resistente menschliche Zivilisationen, bei denen die Unterordnung der ökonomischen und politischen Macht unter den religiösen Status charakteristisch, ja konstitutiv ist. Ich kann also weder streng ökonomistisch, noch streng nicht- ökonomistisch erklären, was nun Rassismus ist. Ich kann es immer nur für eine konkrete geographische und historische Situation. Ich würde das berücksichtigen, wenn ich über den deutschen Faschismus rede und eine gewisse Komplementarität, d.h. die gegenseitige Ergänzbarkeit beider Ansätze in Erwägung ziehen.

2. Fahndungsantifa

Niemand kann vormittags Flüchtlinge im Asylverfahren beraten, nachmittags publizistisch tätig sein und nachts militante antifaschistische Aktionen durchführen.

Hier denke ich, ist es sehr unfair, der Antifa zu unterstellen, sie beschäftige sich nur mit "Personalfragen" und verliere den Blick für die gesamtgesellschaftliche Realität von Rassismus.
Antifas, die ausschließlich der Jagd nach Fascho- Kadern nachgehen, dürften wohl nicht repräsentativ seien, neben Gruppen, die z.B. weitergehende Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit machen. Aber selbst wenn sich einige darauf beschränken sollten, einzelne faschistische Gruppen, Parteien und Strömungen personell zu erfassen, öffentlich zu "outen" und einzeln anzugreifen, hoffe ich, daß sie das gründlich tun. Niemand kann vormittags Flüchtlinge im Asylverfahren beraten, nachmittags publizistisch tätig sein und nachts militante antifaschistische Aktionen durchführen. Wenn Thomas das kann, Glückwunsch! Im Übrigen ist es gar nicht das Beharren auf die unanfechtbare Bedeutung des eigenen Tuns.. Es geht vielmehr darum, in Kontakt zu bleiben, miteinander zu diskutieren, die Position der anderen in einer gewissen Arbeitsteilung zu akzeptieren und einander weiterzuhelfen.

3. Revisionismus/ Neue Rechte

Das eben Geschriebene beachtet, hätte ich an Antifas als solchen zu kritisieren, daß sie zu spät reagiert haben auf z.B. die faktische Abschaffung des Rechts auf politisches Asyl, den Rausschmiß der Flüchtlinge aus dem Bundessozialhilfegesetz oder aber die Innenpolitisierung der Kurdistan-Frage. Ihnen deshalb generell den Vorwurf zu machen, Geschichtsrevisionismus angeblich erst im "Erinnerungsjahr" zu thematisieren, halte ich für nicht zutreffend. Nach meiner Beobachtung gehörte zum Bereich Antifa auch immer die Aufdeckung von faschistischen Kontinuitäten; begrifflich, organisatorisch, personell.
Und wenn in bezug auf Neue Rechte von verschiedenen Antifas daraufhin-

gewiesen werden sollte, daß die gar nicht so neu ist, sondern "ihre ideologischen Fundamente auf dem Alten fußen", so scheint mir dies nicht ganz verkehrt.

Wenn Neurechte völlig gönnerhaft und gelehrt oder belehrt offen für eine Konzeption wie "Ethnopluralismus" reden, heißt das in neurechter Logik, daß die Postulate der europäischen Aufklärung, insbesondere von der Gleichheit aller Menschen, zu verwerfen sind. Es gibt kein oben und unten, keine Klassen, sondern nur noch "Ethnien". Die Konzeption von Ethnien und ethnischem Pluralismus ist in der Phase der Emanzipation von Menschen, die bislang wegen ihrer ethnischen Herkunft diskrimminiert wurden, grundsätzlich notwendig; und zwar insofern, als daß gesetzliche Regulatoren gefunden werden, um ihnen besseren Zugang zu Bildung, Arbeit und Kommunikationsmitteln zu ermöglichen. Ein Hilfsmittel, der Frauenquotierung vergleichbar. Die neurechte Vorstellung ist aber nicht die von Emanzipation, sondern eher von zunehmender Separation. Abgesehen von Fällen der ökonomischen Verwertbarkeit soll ansonsten nicht die Leistung sondern die Herkunft zählen. Angeblich ethnische Unterschiede, "kulturelle" und "nationale Identität" sollen konserviert werden. Dabei geht es aber immer um die eigene "nationale und kulturelle Identität", die vor Einflüssen der anderen geschützt werden soll. Was macht es da für einen großen Unterschied, ob angeblich naturwissenschaftlich von "rassischer Identität" oder angeblich kulturmorphologisch von "kultureller Identität" gesprochen wird. Bei Neurechten, die sich zum Teil auf die gleichen "Rasse"-theoretischen und literarischen Quellen vom Ende des 19./ Anfang des 20. Jahrhundert stützten wie der deutsche "Nationalsozialismus", macht es kaum einen Unterschied den ruchvollen Begriff von der "Rasse" durch den des "Ethnos" oder der "Kultur" auszutauschen.

"...Antifas, die wegen deren Aktionismus, der Zurückstellung großer Theorien, vielleicht auch der Maskulinität eine gewisse Faszination ausstrahlen..."

Womöglich ist für viele die organisatorische und definitorische Abgrenzung Antifaschsimus- Antirassismus nicht ganz nachzuvollziehen. Vorallem dann nicht, wenn wir von Verhältnissen außerhalb der Großstadtmetropolen ausgehen. In kleineren Orten fällt vieles aus Mangel an Personal zusammen. Dennoch sind die von Th. angedeuteten Fragen wichtig und müssen diskutiert werden.

Der Autor sollte jedoch so gerecht sein und nicht nur Antifas, die wegen deren Aktionismus, der Zurückstellung großer Theorien, vielleicht auch der Maskulinität eine gewisse Faszination ausstrahlen, zu kritisieren, sondern in antirassistischen Kreisen den Komplex und die Komplexität von Rassismus zu thematisieren. Antirassismus hierzulande hört meist nämlich dann auf, wenn die Opfer- Täter- Rollen im bundesdeutschen Rahmen geklärt zu sein scheinen. Mit Rassismen bei den Opfern wird sich meist aus verständlichen Gründen nicht auseinandergesetzt.

Free Mumia Abu-Jamal!

Stoppt das legale Lynchen!

Zur Person Mumia Abu-Jamal

Mumia Abu-Jamal ist ein afroamerikanischer Journalist. Er war bereits als Jugendlicher politisch aktiv gegen Rassismus und Unterdrückung und übernahm als aktives Mitglied in der Black Panther Party (in die er nach eigenen Aussagen von der Polizei buchstäblich "hineingeprügelt wurde) verschiedene Aufgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. In den 70ger Jahren arbeitete Mumia A.-J. als Kommentator für mehrere Schwarze Radiosenderin Philadelphia und schrieb Artikel für überregionale Zeitungen. Als kritischer und anklagender Journalist gegen die berüchtigte Brutalität der Polizei in Philadelphia gegenüber EinwohnerInnen afrikanischer und hispanischer Abstammung wurde Mumia A.-J. weit über die Grenzen seiner Heimatstadt hinaus bekannt. Die bürgerliche Tageszeitung "Philadelphia Inquirer" bezeichnete ihn als "The Voice of the voiceless" (Die Stimme der Stimmlosen") und würdigte damit seine politisch engagierte Berichterstattung. Als bekannter und angesehener Journalist wurde er 1980 Präsident der "Vereinigung Schwarzer Journalisten" in Philadelphia. Seine Berichterstattung bezog sich auf MOVE, eine politische Organisation in Philadelphia, die aufgrund ihrer radikal ablehnenden Haltung gegenüber dem US-amerikanischen Staatssystem und ihrer daraus resultierenden selbstbestimmten Lebensorganisation mit äußerster Repression und Brutalität von der Polizei bekämpft wurde. Aufgrund seiner konsequenten Haltung und politischen Aktivitäten, seiner kritischen und aufdeckenden Berichterstattung sowie seiner Sympathien zu MOVE wurde Mumia A.-J. zur Zielscheibe staatlicher Autoritäten.

Eine Wohngemeinschaft von MOVE wurde 1978 unter der Führung des Bürgermeisters Frank Rizzo von der Polizei belagert und angegriffen wurden. Später, im Jahre 1985, wurde das gleiche Haus von FBI und Polizei in einer militärischen Polizeiaktion zerbombt. Dabei wurden elf MOVE Mitglieder, darunter fünf Kinder, ermordet.

Mumia A.-J. war einer der wenigen Journalisten, die nicht einfach den Polizeireport abgeschrieben hatten. Er veröffentlichte Interviews mit MOVE Mitgliedern und kritisierte die Polizeiaktion auf das schärfste.

Bürgermeister Rizzo gab den Medien die Schuld am Tod des Polizisten, der während der Aktion ums Leben kam, und schwor öffentlich Rache. Der damalige Bürgermeister von Philadelphia, Frank Rizzo, kündigte kurz vor Abu-Jamals Verhaftung öffentlich an, ihm "mit allen Mitteln" mundtot zu machen.

Zur Verhaftung

Am 9. Dezember '81 wurde Mumia A.-J. Augenzeuge des folgenden Vorfalls: In der Innenstadt von Philadelphia werden in der späten Nacht einige Männer mit Dreadlock-Haartracht von der Polizei angehalten. Einem der Männer - es ist der Bruder von Jamal - wird eine Verkehrswidrigkeit vorgeworfen. In der Nähe sitzt Abu- Jamal hinter dem Steuer eines Taxis und beobachtet die Vorgänge. Als in der Folge einer lautstarken Auseinandersetzung die Angehaltenen von der Polizeistreife traktiert werden, springt Mumia A.-J. aus dem Wagen und will ihnen beistehen. Über das, was dann passierte, gibt es später widersprüchliche Aussagen und Ungereimtheiten. Jedenfalls fallen bei der Prügelei Schüsse. Mumia A.-J. wird von einen Polizisten durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt und verhaftet. Ein Polizist stirbt durch eine Schußverletzung noch bevor er ärztlich versorgt werden konnte.

Bereits 24 Stunden später präsentieren Polizei und Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit Abu- Jamal als "Polizistenmörder".

Zum Prozeß

Während des Prozesses war Mumia Abu- Jamal die meiste Zeit von der Verhandlung ausgeschlossen. Das Gericht lehnte Mumias Wahlverteitiger ab und verweigerte ihm auch die Möglichkeit, sich selbst zu verteidigen. Stattdessen ordnete ihm der Richter einen Pflichtverteidiger bei, der noch nie einen derartigen Mordprozeß geführt hatte. Im Prozeß sagten verschiedene ZeugInnen aus, daß sie einen kleineren Mann mit einer anderen Frisur als Abu- Jamal am Tatort gesehen hatten, der geschossen habe und anschließend geflohen sei. Mehrere ZeugInnen des Tatgeschehens wurden von der Polizei nachweißlich unter Druck gesetzt, nicht vor Gericht auszusagen. Eine Tatwaffe, die Mumia A.-J. hätte zugeordnet werden können, existiert nicht. Bei der Wahl der Geschworenen wurde Abu- Jamal seines Rechtes beraubt, eine "Jury of Peers" - bestehend aus Seinesgleichen - zu erhalten. So sah er sich einer mehrheitlich weißen Jury gegenüber, die aus meist älteren MittelklassebürgerInnen des "besseren" Nordostens von Philidelphia bestand, einer Jury aus Leuten, denen die Lebensverhältnisse und die Gedankenwelt des Angeklagten zumindest fremd sein mußten.

Abu- Jamal wurde untersagt, sich selbst zu verteidigen, zu Beginn des Prozesses eine politische Erklärung abzugeben oder ZeugInnen ins Kreutzverhör zu nehmen. Am Ende wurde ihm auch verwehrt, sich mit einem Schlußwort an die Geschworenen zu wenden.

"Als freie Journalisten haben wir eine andere Geschichte zu erzählen. Es ist keine Geschichte von Reichtum und Überfluß, sondern eine von Mangel, Folter und Ungerechtigkeit. Kurz gesagt, es ist die Geschichte der Unterdrückten, aber es ist auch die Geschichte einer besseren Zukunft, eine Geschichte über Meere, in denen Leben gedeiht, über saubere, gut riechende Luft, über grüne Wälder, über Gesundheit, Hoffnung, Freiheit und Frieden für Völker der Welt."
Mumia Abu-Jamal

Zum Urteil

Am 3. Juli 1982 wurde Abu- Jamal des Mordes für schuldig erklärt. Richter Sabo, aufgrund von 31
Todesurteilen als "Henker von Philadelphia" bekannt, verhängte die Todesstrafe. Das Todesurteil wurde mit Abu- Jamals politischen Überzeugungen und Aktivitäten u. a. seiner Mitgliedschaft bei den Black Panthers, begründet.
"'Der Angeklagte plante schon damals , einen Polizisten zu töten' , behauptete der Staatsanwalt, indem er sich auf Bemerkungen bezog, die ich ungefähr 10-11 Jahre vor dem Prozeß als Mitglied der Black Panthers gemacht hatte. Welche Bemerkungen waren das? Gefährliche, bedrohliche Sätze, wie "Alle Macht dem Volk", bedrohlich für ein System, das entschlossen ist, den Menschen grundlegende Macht zu verweigern. Und "Politische Macht wächst aus den Gewehrläufen"- welche Argumente kann eine Nation gegen dieses Sprichwort vorbringen, die die Native Americans (Indianer) mit dem 45ger Colt vernichtete und die Massaker in Wounded Knee verursacht hat. Diese Bemerkungen wurden dazu benutzt, die Todesstrafe zu produzieren. Aber es ist richtig zu rebellieren. Und ich werde weiterhin Widerstand leisten." Mumia Abu- Jamal
Seitdem wurden Abu- Jamal sämtliche direkten Berufungsanträge abgelehnt, unter anderem vom US-Supreme Court, dem höchsten Gericht der USA.

Zur Todesstrafe - Politische Hintergründe

In den USA sitzen derzeit 2948 (Stand Oktober 1994) Männer und Frauen in den Todeszellen, manche von ihnen seit mehr als zehn Jahren.

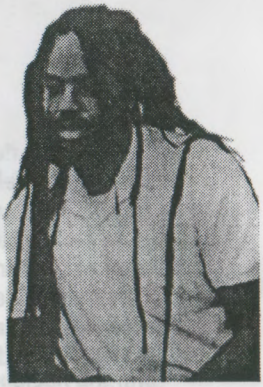
Mumia Abu- Jamal ist seit Jahrzehnten wieder der erste politische Gefangene, der in den USA hingerichtet werden soll. Die Verhängung der Todesstrafe wird in den USA noch immer als Mittel eines staatlich institutionalisierten Rassismus angewandt. Hierzu einige Tatsachen:
- In den USA sitzen derzeit 2948 (Stand Oktober 1994) Männer und Frauen in den Todeszellen, manche von ihnen seit mehr als zehn Jahren.
- Obwohl der Anteil schwarzer Männer an der Gesamtbevölkerung nur bei 6% liegt, beträgt ihr Anteil an den von der Todesstrafe Betroffenen 40,03%, ein weiterer Anteil von 6,95% betrifft Menschen von lateinamerikanischer Abstammung. 71% der bereits Hingerichteten waren Schwarze.
- Daß ein Weißer für den Mord an einem schwarzen Menschen hingerichtet wurde, liegt über 50 Jahre zurück (1944)
- In 38 von 50 US- Bundesstaaten gibt es die Todesstrafe. In einigen dieser Staaten wurde sie in den letzten Jahren erneut eingeführt.
- Am 17.5.1995 wurde Girvies Davis im Bundesstaat Illinois unschuldig hingerichtet. Davis wurde auf Grundlage eines angeblich von ihm niedergeschriebenes Geständnisses verurteilt. Obwohl nach der Erkenntnis von Amnesty International Davis die Schule vorzeitig abgebrochen hatte und Analphabet war. Trotz weiterer von AI aufgeführter grober Unregelmäßigkeiten während seines Prozesses lehnte Gouverneur Jim Edgar eine Begnadigung ab. Davis starb an der Verabreichung einer

Giftspritze.

Diesen Fakten sind folgende Aussagen hinzuzufügen: Amnesty International kommt in ihrem im Frühjahr '89 veröffentlichten Bericht über die Todesstrafe in den USA zu dem Schluß, "daß die Todesstrafe (...) willkürlich, rassisch diskriminierend und unfair angewendet wurde und wird." Und weiter bezeichnet Amnesty International die Todesstrafe vor US-amerikanischen Gerichten als "entsetzliche Lotterie, da politische und finanzielle Zwänge, öffentlicher Druck und der Gerichtsort möglicherweise mehr als die begangene Straftat darüber entscheiden, ob eine Person in die Todeszelle geschickt wird."

Nicht der Einzige

Mumia ist einer der 3100 zum Tode verurteilten Gefangenen in den USA. Die meisten davon sind farbug und verarmt. Es gibt in den USA mehr schwarze Jugendliche in Gefängnissen als in Hochschulen - eine Folge der rassistischen Politik, die schwarz sein mit Kriminalität gleichsetzt.
"Law and order" Politiker ernten immer mehr Erfolg wie z.B. an den Wahlen im November 1994 zu sehen ist. Als Teil der während des Wahlkampfes von Clinton angeleierten Kriminalitätsgesetzes werden 60 weitere Verbrechen definiert, die ein Todesurteil nach sich ziehen Können. Über 30 Milliarden Dollar sollen für Hochsicherheitsgefängnisse und 100.000 neue Polizisten ausgegeben werden. Mehrere Bundesstaaten, wie New York, haben die Todesstrafe wieder eingeführt und Skandale, wie die 1994 in Louisiana, sind regelmäßig in den Nachrichten zu sehen. In diesem Südstaat wurden Gefangene in gestreiften, numerierten Uniformen gesteckt, sie mußten in "chain gangs" (aneinander gefesselt) arbeiten, eine drakonische Strafe, die an die Sklaverei erinnert.
Immer wieder wurden politische Gegner gesetzlich legal vernichtet. Die Hinrichtungen von Sacco und Vanzetti (1927) oder Ethel und Joseph Rosenberg (1953) zeigen, daß die politischen Interessen der weißen Herrschenden rücksichtslos - innen- wie außenpolitisch - durchgesetzt werden.



Mumia ist einer der 3100 zum Tode verurteilten Gefangenen in den USA.

Die Todesstrafe darf nirgendwo Mittel staatlicher Repression sein!

Die Todesstrafe ist die letzte Konsequenz staatlicher Macht und ist als solche als unmenschlich zu bekämpfen. Sie soll die Bevölkerung einschüchtern und brutalisieren. Wenn die Todesstrafe einem Zweck, dann dem, daß der Staat entscheidet, wer lebt und wer stirbt - also welche Menschen überflüssig sind. In den USA, wo Rassendiskriminierung zum Alltag gehört, sind dies in erster Linie die Leben nicht-weißer Menschen, was letztlich auf staatlich legalisiertes Lynchen hinausläuft.
Die Todesstrafe stellt nicht, wie es das Wort besagt, eine "Strafe" dar, sondern dfie entgültige Auslöschung eines Menschen. Durch diese staatlich legalisierte Vernichtung eines Menschen wird eine Distans und

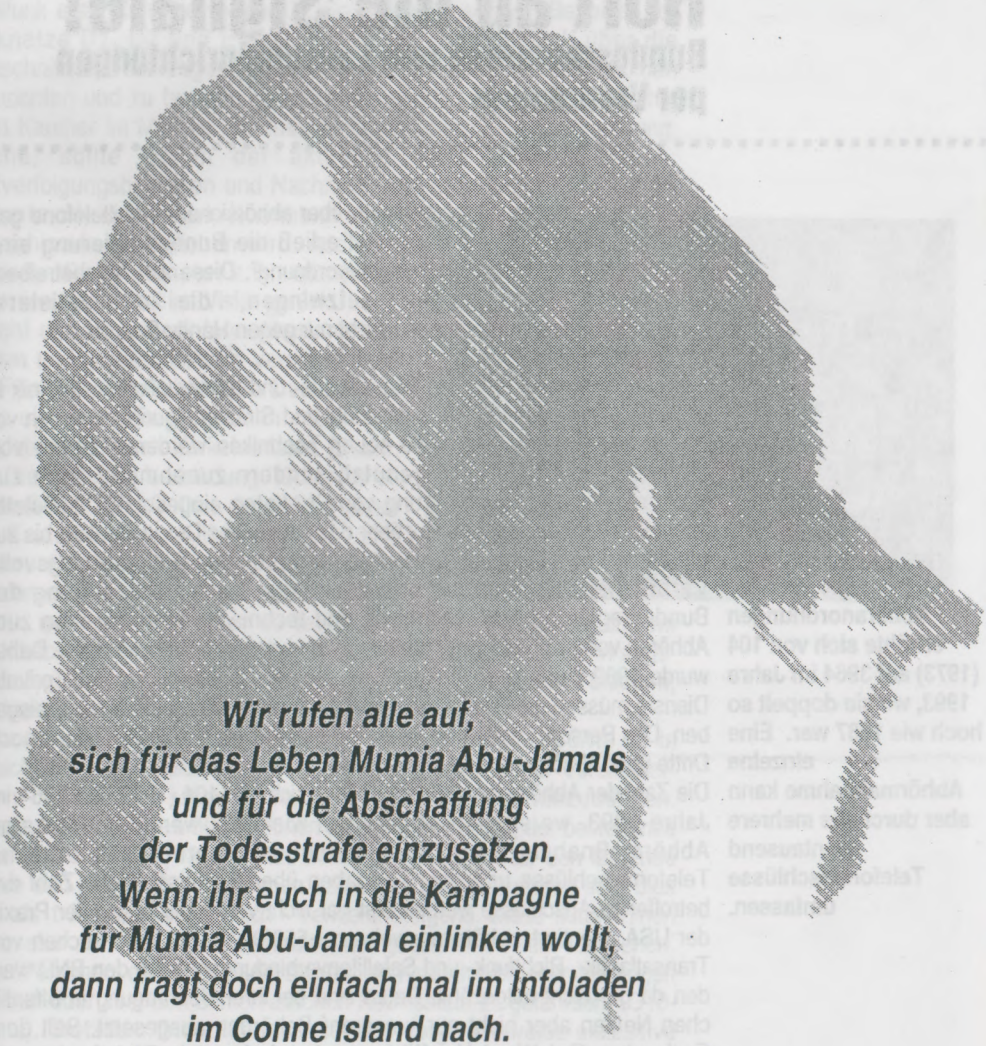
Abstraktion erzeugt, die die Öffentlichkeit glauben machen soll, das "Schlechted", "die Ursache ihres Elends" sei nun rechtmäßig beseutigt und niemand müsse dafür die moralische Verantwortung tragen.
Es ist auch die Haltung einer politischen Führung, die nach "Sündenböcken" sucht, anstatt sich in verantwortungsvoller Weise der tatsächlichen Probleme anzunehmen und deren Wurzeln zu erkennen. Es ist die gleiche Haltung derer, die jederzeit, an jedem Ort der Welt bereit sind, für den organisierten Mord in Uniform Orden zu verleihen.
Die Todesstrafe ist die krasseste und offenste Form des staatlichen Gewaltmonopoles.
Mumia Abu- Jamals Fall ist ein Beispiel für die Handhabung der Todesstrafe: Würde er in der Todeszelle sitzen, wenn er nicht schwarz wäre? Wenn er nicht politisch unbequem wäre? Nutzt es ihm etwas, unschuldig zu sein? Bei ihm schließt sich der Kreis von diskriminierenden Lebensbedingungen, dem Kampf dagegen und der Antwort seitens des Staates darauf in Form des Todesurteils für Mumia Abu- Jamal.

Zur aktuellen Situatio Mumia Abu- Jamals

Nachdem der Hinrichtungsbefehl Mumia Abu- Jamals am 1. Juni unterschrieben wurde hat Leonard Weinglass, der Rechtsanwalt, am 05.06.1995 folgende Anträge gestellt:
1. Aussetzung der Hinrichtung
2. Wiederaufnahme des Verfahrens
3. Überprüfung der Rechtmäßigkeit des Strafmaßes
4. Befangenheit von Richter Sabo, der über die Anträge entscheiden soll.

Dies kann, muß aber nicht zwangsläufig aufschiebende Wirkung gegen die tatsächliche Vollstreckung des Todesurteils haben.

Im Januar dieses Jahres wurde Mumia Abu- Jamal nach Waynesburg verlegt, 800 km von Philadelphia entfernt, wo seine Fanilie und FreundInnen leben.
Im dortigen neu erbauten Hochsicherheitsgefängnis sollen die bislang 185 Todesstrafengefangenen Pennsylvanias in einem einzigen Trakt konzentriert werden. Außer 1 Stunde Hofgang täglich sind die Gefangenen 5 Tage in der Woche in einem Käfig in Isolationshaft. Die Existenz- und Besuchsbedingungen Mumia Abu- Jamals haben sich mit dieser Verlegung erheblich verschlechtert. Während der Besuche, beschränkt auf 2 Stunden in der Woche, sitzt er hinter Panzerglas in Handschellen, die mit einem Metallgürtel an der Taille gefesselt sind. Trotz der dieser erschwerten Haftbedingungen und der sich zuspitzenden Situation arbeitet er auch weiterhin aus der Todeszelle heraus als Journalist und schreibt regelmäßig Artikel für zahlreiche Zeitschriften in den USA.
Am 2. Mai diesen Jahres, an genau dem Tag, als in Philadelphia die erste Hinrichtung der jüngst unterschriebenen Todesurteile vollstreckt wurde, erschien beim Addison-Wesley Verlag, New York, das Buch von Mumia Abu- Jamal. Im juni soll es auch in der BRD bei Agipa-Press, Bremen erscheinen. Der US-Verlag wurde deshalb bereits seit längerer Zeit von der US-Polizeigewerkschaft FOP mit Hetzartikeln und Androhung gerichtlicher Schritte unter Druck gesetzt.
Bereits im Sommer '94 hatte die FOP durch derartige Drohungen erreicht, daß ein Radiosender eine geplante wöchentliche Sendezeit für Abu- Jamal trotz einer vorherigen Zusage wieder zurückzog.
All dies sind weitere Versuche, Mumia Abu- Jamal durch staatliche Repression zum Schweigen zu bringen.



Wir rufen alle auf,
sich für das Leben Mumia Abu-Jamals
und für die Abschaffung
der Todesstrafe einzusetzen.
Wenn ihr euch in die Kampagne
für Mumia Abu-Jamal einlinken wollt,
dann fragt doch einfach mal im Infoladen
im Conne Island nach.

Kampf dem staatlichen Rassismus!
Stoppt das legale Lynchen!
Samstag 22. Juli 1995 12 Uhr Berlin Rosa
Luxemburg Platz
Demonstration

Hört ab die Signale!

Bundesregierung will Lauscheinrichtungen per Verordnung

Die Verzweiflung von Strafverfolgern über abhörsichere Mobiltelefone gab den letzten Anstoß - Anfang Mai erließ die Bundesregierung eine `Fernmeldeanlagen-Überwachungsverordnung´. Diese soll Netzbetreibern technische Einrichtungen aufzwingen, die automatisierte Abhörmaßnahmen ermöglichen - nicht nur gegen Handy-Benutzer

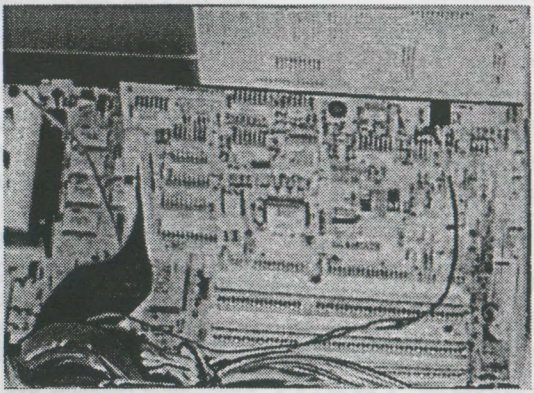
Das Vordringen der digitalen Informations- und Kommunikationstechnik in unseren Alltag stellt Verfassungsschutz und Strafverfolgungsbehörden vor ein großes Problem, denn die neuen Techniken werden nicht nur von gesetzestreuen Bürgern genutzt, sondern zunehmend auch zur Vorbereitung und Durchführung von Straftaten eingesetzt. Die Palette reicht von der braunen Mailbox über das Handy des Drogendealers bis zur digitalen Abwicklung organisierten Verbrechens. Eine wirkungsvolle Verbrechensbekämpfung erfordert daher nach Überzeugung der Bundesregierung auch rechtliche und technische Möglichkeiten zum Abhören von Fax-, Modem-, Mobilfunk- und anderen Verbindungen. Daher wurde 1989 das sog. G10-Gesetz verschärft: Behörden und auch private Dienste müssen bei Bedarf Kundendaten oder übertragene Daten preisgeben. Das Personal darf unter Androhung von Strafe weder Betroffene noch Dritte über Abhörmaßnahmen informieren.

Die Zahl der Abhöranordnungen erhöhte sich von 104 (1973) auf 3964 im Jahre 1993, wo sie doppelt so hoch wie 1987 war. Eine einzelne Abhörmaßnahme kann aber durchaus mehrere zehntausend Telefonanschlüsse umfassen.

Die Zahl der Abhöranordnungen erhöhte sich von 104 (1973) auf 3964 im Jahre 1993, wo sie doppelt so hoch wie 1987 war. Eine einzelne Abhörmaßnahme kann aber durchaus mehrere zehntausend Telefonanschlüsse umfassen. Angaben über die tatsächliche Zahl der betroffenen Anschlüsse werden erst gar nicht veröffentlicht (an der Praxis der USA orientiert: schätzungsweise ca. 550´000). Das Durchsuchen von Transatlantik-, Richtfunk- und Satellitenverbindungen durch den BND werden da gar nicht mitgezählt. Daten sind bei ihrer Übertragung in öffentlichen Netzen aber nicht nur `unseren´ Behörden ausgesetzt. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes entwickeln sich Richtfunk- und Satellitenstrecken, oftmals frei zugängliche Schaltkästen und Wartungseinrichtungen zu Tummelplätzen der Industriespionage, auf denen sich ehemalige Geheimdienstler so richtig austoben können. In öffentlichen Netzen ist das Anzapfen von Datenleitungen technisch ein Kinderspiel, so daß Verfassungschützer davon ausgehen, daß die Mehrzahl der Telefonate von irgendeinem Geheimdienst abgehört wird. (FAZ 7.3.95)

Das Spannungsverhältnis zwischen Vertraulichkeitswunsch auf der einen

und den öffentlichen Zugriffsinteressen auf der anderen Seite hat jüngst im Mobilfunk erste Konflikte verursacht. So weigerten sich die Betreiber der Funknetze D1, D2 und E plus, die Daten verschlüsselt über die Funkschnittstelle übertragen, gleichzeitig Abhöreinrichtungen für Behörden einzurichten und zu bezahlen (Kosten ca. 40 Mio. pro Netz). Daraufhin erließ Kanther im Mai die Fernmeldeanlagen-Überwachungsverordnung, welche, sollte sie in der aktuellen Form Bestand haben, Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendiensten den Zugriff auf die gesamte elektronische Kommunikation Deutschlands ermöglichen wird. Auch die anderen Datendienste z.B. sämtliche Mailboxen sind damit ins Visier gerückt. Nach Ansicht des `Forums InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung´ (FIFF) erhält das Abhören in Deutschland damit eine neue Qualität, denn neben den Nutzdaten sind auch Verkehrsdaten (Dauer, Ziel, Dienst) einer Verbindung `lückenlos zu protokollieren´ (FÜV). Dies ermöglicht daher die Erstellung von Bewegungs- und Kommunikationsprofilen abgehörter Teilnehmer. Die Behörden wissen dann also genau, mit wem Ihr immer so telefoniert, oder wo Ihr mit Eurem Funktelefon in der letzen Zeit überall wart, bzw. gerade seit, denn angeschaltete Telefone haben ständigen Kontakt zu irgendeinem Funkturm, und die stehen so ca. alle 10 km in der Landschaft.



Ginge es nach dem Willen von Innenminister Kanther, dürfte es in Deutschland `keine Nischen kontrollfreier Kommunikation für Verbrecher´ geben - koste es was es wolle, muß man sich wohl hinzudenken. Insgesamt werden etwa 300 Millionen für die Nachrüstung der bestehende Netze (GSM + ISDN) fällig, hinzu kommen Ausgaben für den laufende Betrieb und die Abhörmaßnahmen selbst; nach Schätzungen sind dies mehr als 1 Milliarde DM jährlich - Tendenz steigend. Diese Maßnahmen richten sich auf dem Papier zumindest nur gegen einen sehr `erlesenen´ Kreis: `Personen, die im Verdacht stehen, ein Kapitalverbrechen begangen zu haben oder aber den demokratischen Rechtsstaat zu gefährden´ (G10-Gesetz). Trotzdem findet hierzulande eine vergleichsweise exzessive Abhörpraxis statt (hierzulande wird 13-mal mehr abgehört als in den USA - auf die Bevölkerungszahl gerechnet) doch gibt es im Gegensatz zur USA keinerlei statistische Daten über die Erfolgsquote dieser sündhaft teuren und praktisch umgehbaren Abhörmaßnahmen.

Die FÜV wird nun klare Verhältnisse schaffen und die technische Infrastruktur zu Schaffung des gläsernen Bürgers erzwingen. Sie wirkt wie eine gigantische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für sinnberaubte Nachrichtendienste, flankiert von einer intensiven Industrieförderung.

Nicht mehr lange, und alle Bürger könne davon ausgehen, daß Telefonate

keine Privatangelegenheit mehr sind.

Verbot von Kryptographie

Abhörmaßnahme allein lösen das Problem noch nicht, dann die übertragenen Daten sollen zwar autorisierten Behörden, nicht aber unbefugten Abhörern zugänglich sein. Für die Auflösung dieses `Krypto-Konfliktes´, dem Widerspruch zwischen Sicherheitsbedürfnissen von Bürgern und der Industrie und den Forderungen von Strafverfolgungsbehörden auf der anderen Seite, gibt es zwei herkömmliche Lösungen.

Am einfachsten ist das generelle Verbot von Datenverschlüsselung oder die Einführung einer Genehmigungspflicht. Dies wurde verworfen, weil sie sich praktisch nicht kontrollieren läßt (wie könnte man eine gefaxte Wetterkarte oder ein Übertragungsstörung von verschlüsselten Daten unterscheiden). Verschlüsselungssoftware fällt in vielen Ländern unter Waffenexportgesetz. In letzter Zeit sorgte die Initiative der USA gegen Philip Zimmermann und sein Verschlüsselungsprogramm PGP, welches seit geraumer Zeit überall erhältlich ist und Daten so gut verschlüsselt, daß es bis jetzt noch niemand gecrackt hat, für Erstaunen.

Eine weitere Primitivlösung besteht darin, ausschließlich schwache Kryptoverfahren zu standardisieren und zuzulassen - oder solche, für die die Ermittlungsbehörden eine `trapdoor´ kennen, ein Möglichkeit also, die Daten ohne Kenntnis des Schlüssels zurückzugewinnen. In Amerika gibt es so eine Initiative, die Verschlüsselung heißt Clipper, doch auch der Präsident des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) muß zugeben, daß `Kriminelle in aller Regel nicht Dienstleistungen zur Verschlüsselung in Anspruch nehmen werden, deren `Hintertür´ öffentlich bekannt ist.´ Amtierender Direktor der National Institute for Standards and Technology (NIST): `Jemand der Clipper im organisierten Verbrechen nutzt, ist ganz offensichtlich dumm.´

Akzeptanz und Vertrauen der Benutzer in solche Algorithmen sind gering; sie lassen sich häufig nur über Verbote anderer Verfahren etablieren. Falls Europa diesen Sonderweg eingeht und die Datenverschlüsselung einfach verbietet, handelt es sich damit Kontrollschwierigkeiten und Ärger mit sicherheitsbewußten Bürgern ein. Eine dritte Möglichkeit ist wahrscheinlicher: Die hoheitliche Kontrolle der Schlüsselgenerierung. Schon heute bietet die Telekom einen Zertifizierungsdienst für asymmetrische Schlüssel, deren Kopien für Behördenzugriffe aufbewahrt werden - auch ohne Gesetze über den `großen Lauschangriff´. Der Vorteil dieser Variante: Sie weckt keine schlafenden Hunde.

Antifaschistisches INFO BLATT

Das Antifaschistische Infoblatt gibt es seit '87. Es erscheint alle 2-3 Monate bundesweit mit ca. 60 Seiten.
Ihr könnt es für 5.- DM+ 2.-DM Porto bestellen.
Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30.- DM.

- Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazis in der BRD und international
- Entlarvung und Veröffentlichung ihrer FührerInnen
- Neue Rechte und Braunzone
- Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
- Repression gegen Antifas
- Dokumentation von, und Beteiligung an Diskussionen über Antifaarbeit
- Rassismus, Nationalismus und Sexismus in der Gesellschaft

Das Antifa Info ist Arbeitsgrundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen. Es ist eine nichkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Antifa Infoblatt
c/o L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Wir haben
deutsche & amerikan.
Comics · Trading Cards
Postkarten
Vinyl · 12" · CD
(Techno, Jungle,
Alternative, Metal...)
Clubwear
+ 2nd Hand:
Com ics · Platten

MO-FR 13-19h
SA 11-14h

Wir sind umgezogen: Burgstraße (ehem. Schachzentrum)!!!

Ab sofort können alle alten Antifa Jugendinfos und FRENTE Hefte nachbestellt werden.
Dazu hier eine kurze Inhaltsübersicht:

Heft 1, Sommer 1990
u.a. -Nazigruppen, die in Leipzig aktiv sind
-Was passierte am 1.Mai in Leipzig?

Heft 2, Frühjahr 1991
u.a. -Tips zum Selbstschutz,
- Chronologie des Faschoterrors in Leipzig
- "Ich bin stolz Deutscher zu sein"
- Falsche Kameradschaft

Heft 3, Herbst 1991
u.a. - Die Geschichte der Edelweißpiraten
- Rassismus
- Rep-Landesparteitag in Leipzig

Heft 4, Frühjahr 1992
u.a. - Die herrschende Politik - Wegbereiter des Rassismus
- "Frauen schießen zurück!"
- Tips und Trix für Antifas Teil 1

Heft 5, Sommer 1992 (2/92)
u.a. - Neofaschistische Parteien im Überblick
- Der historische 1. Mai
- Tips und Trix für Antifas Teil 2

Heft 6, Januar 1993 (1/93)
u.a. - News von Rechts in Leipzig
- Thümi ist tot!
- Rassisten machen Musik
- Die Wikingjugend

Heft 7, März 1993 (2/93)
u.a. - Antifaschismus- aber wie?
- Der Umgang mit der Gewalt
- Vergewaltigt!

Heft 8, Juni 1993, (3/93)
u.a. - News von Rechts
- Das Offene Antifaschistische Plenum
- Ernesti bleibt!
- Bund gegen Anpassung
- "Etwas besseres als die Nation"

Heft 9, September 1993 (4/93)
u.a. - News von Rechts
- Rudolf Hess-Gedenkmarsch verhindern!
- Friedrich Ebert-Stiftung finanziert Faschotreffen
- Die Zeitung "Junge Freiheit"

Heft 10, November 1993 (5/93)
u.a. - News von Rechts
- 9. November 1938 in Leipzig
- Was ist Ökofaschismus?

Heft 11, Dezember 1993 (6/93)
u.a. - News von Rechts
- Der 9.November '93 in Leipzig
- Die NPD-Leipzig
- Leipziger Burschenschaften

SHOPPING

SHOPPING

- Zum Film "Beruf Neonazi"
- Vorsicht "Anti-Antifa"

Heft 12, Februar/März 1994
u.a. - News von Rechts
- Der 30.Januar 1933 in Leipzig
- Hitlers Machtergreifung
- Religion und Rassismus Teil 1

Heft 13, April/Mai 1994
u.a. - News von Rechts
- Der 8.März in Leipzig
- Religion und Rassismus Teil 2
- Auf dem Weg zum totalen Staat Teil 1
- Der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943
- Zum Film "Glaube, Liebe, Hoffnung"

Heft 14, Mai/Juni 1994
u.a. - News von Rechts
- Überwachungsstaat Teil 2
- Die FAP-Leipzig
- Religion ung Rassismus Teil 3
- Die "zweite Revolution"
- Wunsiedel'94 verhindern!
- Die Neue Rechte

FRENTE #1
u.a. - Der Staat: auf dem linken Auge blind?
- Republikaner in Leipzig
- KAHINA Interview
- Esoterik & Faschismus
- Testfall Kaindl

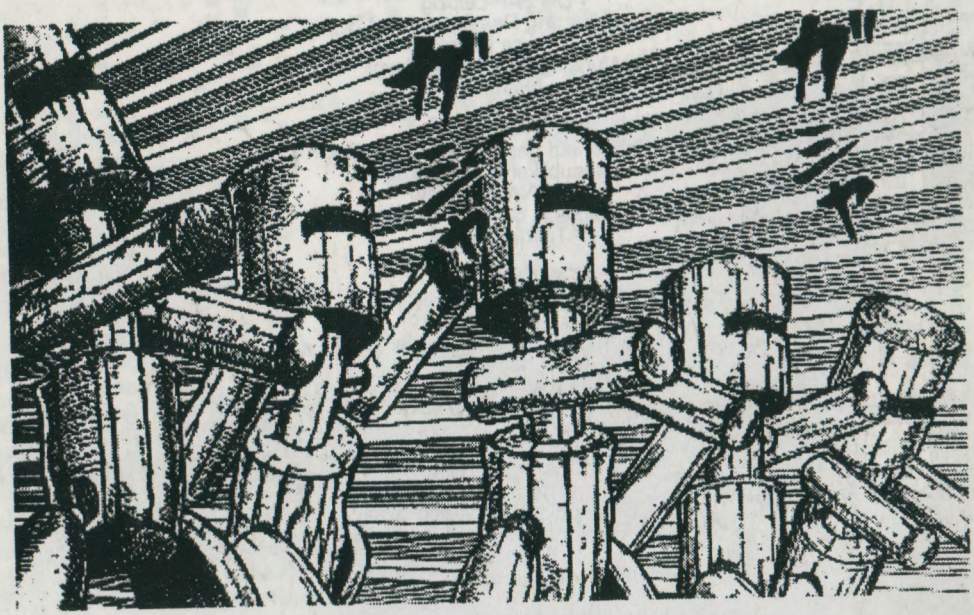
FRENTE #2
u.a. - Die "Leipziger Linie"
- Goerdeler Teil 1
- Nationalrevolutionäre in der SPD
- Maul halten Teil 1
- Das mediale Dilemma
- Hintergründe "Kaindlfall"

FRENTE #3
u.a. - Goerdeler Teil 2
- Thema "RAF"
- Gegen die Abschiebepraxis!
- Burschenschaften in L.E.
- Antimedial!
- Maul halten Teil 2

Und so könnt ihr bestellen:
Pro Heft bezahlt ihr 80 Pfennig, dazu kommen nochmal 3 Mark für Porto und Verpackung. Die Preiskalkulation ist erstmal über den Daumen gepeilt, wir hoffen, daß später zu euren Gunsten noch zu verbessern.
Zahlbar nur im Voraus! Schickt das Geld bitte in Scheinen und /oder Briefmarken mit eurer Bestellung als normale Briefsendung (Kein Einschreiben o.ä.!!) an:

FRENTE
c/o Infobüro
Peterssteinweg 13
04107 Leipzig

Kamikaze ist bekloppt.



Offenes Antifaschistisches Plenum
donnerstags
Conne Island
20 Uhr